

Michael Wildt (Hg.)

Geschichte denken

Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute



V&R

Michael Wildt, Geschichte denken



Michael Wildt, Geschichte denken

Geschichte denken

Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute

Herausgegeben von Michael Wildt

Vandenhoeck & Ruprecht

© 2014, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 9783525300688 — ISBN E-Book: 9783647300689

Mit 4 Abbildungen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-647-30068-9

Weitere Ausgaben und Online-Angebote sind erhältlich unter: www.v-r.de

Umschlaggestaltung unter Verwendung eines Fotos des Theodor-Mommsen-Denkmal
vor dem Hauptgebäude der Humboldt-Universität zu Berlin:

Adolf Brütt: Theodor Mommsen, 1909, Foto: HU/Kustodie-P. Petersen

© 2014, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen /

Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U. S. A.

www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Printed in Germany.

Satz: textformart, Göttingen | www.text-form-art.de

Druck und Bindung: ⊕ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Einleitung	7
<i>Aloys Winterling</i>	
Wie modern war die Antike? Was soll die Frage?	12
<i>Claudia Tiersch</i>	
Zwischen Segregation und Akkulturation. Paradoxien christlicher Stadtsemantiken im Römischen Reich	34
<i>Michael Borgolte</i>	
Mittelalter in der größeren Welt	52
<i>Peter Burschel</i>	
Yuhanna al-Asad oder die Sprache des Exils. Kulturelle Übersetzung zu Beginn der Neuzeit	69
<i>Birgit Aschmann</i>	
Jenseits der Norm?. Die spanische Monarchie im 19. Jahrhundert	81
<i>Hannes Grandits</i>	
Wettstreit der Tugenden: urbane Lebensentwürfe im habsburgischen Fin-de-siècle	100
<i>Alexander Nützenadel</i>	
Politische Ökonomie der Korruption. Bestechung, Klientelismus und Institutionenwandel um 1900	120
<i>Andreas Eckert</i>	
Afrika in der Welt. Afrikanische Geschichte im 20. Jahrhundert	131

Michael Wildt

Alle Gewalt geht vom Volke aus.

Zur Abgründigkeit eines politischen Grundsatzes in

der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts 149

Jörg Baberowski

Nikita Chruschtschow und die Entstalinisierung 1953–1964 .

Stalins Erben und die Entstalinisierung 166

Martin Sabrow

Memoiren der Macht.

Gedachte Geschichte in der Autobiographie

kommunistischer Parteifunktionäre 186

Gabriele Metzler

Liberaler Demokratie und politische Gewalt in den siebziger Jahren . . . 208

Thomas Mergel

Zeit des Streits.

Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik

als eine Periode des Konflikts 224

Anke te Heesen

Spurensicherung und das Jahr 1979.

Über Kunst und Wissenschaft 244

Thomas Sandkühler

Die Geschichtsdidaktik der Väter.

Zur Kulturgeschichte der siebziger Jahre 260

Beiträgerinnen und Beiträger 280

Einleitung

»Die Vergangenheit ist absolut vergangen, unwiderruflich – und zugleich wieder nicht: die Vergangenheit ist gegenwärtig und enthält Zukunft. Sie beschränkt kommende Möglichkeiten und gibt andere frei, sie ist in unserer Sprache vorgegeben, sie prägt unser Bewusstsein wie das Unbewusste, unsere Institutionen und deren Kritik. Wer sich mit der Vergangenheit beschäftigt, wird mit sich selbst konfrontiert.«¹

Als Reinhart Koselleck auf dem Historikertag 1970 in Köln über die Geschichte sprach, musste er noch die Existenz der Geschichtswissenschaft rechtfertigen. »Wozu noch Historie?« lautete der Titel und war der Versuch, den versammelten Historikerinnen und Historikern nicht nur Aufmunterung zukommen zu lassen, sondern auch dringende Perspektivwechsel anzumahnen. Die Geschichtswissenschaft bedürfe der Theorie ebenso, wie sie die moderne Linguistik ernst nehmen solle. Etliche Jahre, bevor vom *linguistic turn* in den Geisteswissenschaften die Rede war, hatte ihn Reinhart Koselleck schon auf die Tagesordnung gesetzt.

Schon wenig später brachten die Debatte über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und die zunehmende Verbreitung von kulturwissenschaftlichen Fragestellungen in den Geisteswissenschaften die Frage, wozu noch Geschichte, rasch zum Verschwinden. Im Gegenteil, man konnte einen Geschichtsboom in Deutschland beobachten. Vor allem hat die zeithistorische Wende 1989/90 geschichtlich handelnde Menschen zum Vorschein gebracht, die entgegen den Annahmen von den geschichtslosen Strukturen und unerschütterlichen Herrschaftsverhältnissen, in den Worten Walter Benjamins, das Kontinuum der Geschichte aufsprengten. Geschichte bildet seither ein unverzichtbares Reservoir für gesellschaftliche Selbstbestimmung. Innenstädte werden nicht neu für eine utopische Zukunft entworfen, sondern nach historischem Vorbild möglichst detailgenau rekonstruiert. Bewahrung der Erinnerung ist zu einem festen Bestandteil staatlicher Kulturpolitik geworden, als sei das Vergessen verwerflich und illegitim.

Professionelle Historikerinnen und Historiker wissen demgegenüber um die bloß fragmentarische Überlieferung der Vergangenheit, die unser Wis-

1 Reinhart Koselleck, Wozu noch Historie?, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.), Über das Studium der Geschichte, München 1990, S. 347–365, S. 361.

sen über die Geschichte notwendigerweise beschränkt. Von den zahllosen Ereignissen, Handlungen, Sprechakten, die in jedem Moment auf der Welt geschehen, wird nur ein winziger Bruchteil tradiert, und es wäre angesichts dieser immensen Diskrepanz vermessen zu glauben, es ließe sich ein vollständiges Bild allein dieses Momentes, geschweige denn einer Epoche rekonstruieren. Weit wichtiger sind die Fragen, die wir an die Geschichte stellen, um aus der Praxis der Analyse selbst wie den möglichen Antworten Erkenntnisse zu gewinnen, die unser Verständnis von sozialen, politischen, kulturellen Transformationen erweitern. Im Umgang mit der Geschichte stehen der Bruchstückhaftigkeit der Überlieferung eine Vielzahl von Perspektiven, Fragestellungen gegenüber, die sich auf die Vergangenheit richten. Wenn es eine Erfahrung für die Geschichtswissenschaft in den vergangenen Jahrzehnten gegeben hat, dann die der Pluralisierung von Forschungsansätzen und Blickwinkeln. Die Selbstgewissheit des Historismus des 19. Jahrhunderts ist längst einer Vielfalt gewichen, die die Geschichtsschreibung heute bestimmt. Womöglich ist selbst die Epoche der Neuzeit, in der die Geschichte(n) sich zu einem Kollektivsingular verdichteten, inzwischen einer historischen Phase gewichen, in der »Geschichte denken« wieder als »Geschichten denken« begriffen wird.

Und doch zeigen die Beiträge dieses Bandes, die aus einer Ringvorlesung des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin im Wintersemester 2011/2012 entstanden sind, dass heute über Geschichte nachzudenken, bedeutet, über die verschiedenen Epochen, unterschiedlichen Perspektiven und methodischen Zugängen hinweg den gemeinsamen Bezug auf Geschichte auszuloten und neu zu bestimmen, an jenem Zusammenhang zu arbeiten, der die Vielzahl von Geschichten miteinander in Beziehung setzt. So unternimmt Aloys Winterling den spannenden Versuch, die Systemtheorie für die Geschichte der antiken Welt zu nutzen. Claudia Tiersch untersucht im Lichte moderner Urbanitätsforschung die Paradoxien christlicher Stadtsemantiken im Römischen Reich ebenso, wie Hannes Grandits differente urbane Lebensentwürfe im habsburgischen Fin-de-siècle als Wettstreit von Tugenden begreift. Beide Beiträge gründen auf einer kulturgeschichtlichen Erweiterung der Geschichtswissenschaften, in der die Bedeutung der Sprache und Kommunikation in den Blick genommen wird.

Dass eine Geschichte Europas nicht mehr eurozentrisch oder gar als Geschichte des christlichen Abendlandes geschrieben werden kann, legt Michael Borgolte in seinem Beitrag über die Mediävistik als globale Geschichte dar. Ähnlich zeigt Andreas Eckert, dass die Geschichte Afrikas nicht die eines territorial abgeschlossenen Kontinents ist, sondern in vielfacher Hinsicht in eine Globalgeschichte eingebettet ist und nur in einer solchen Perspektive er-

geschlossen werden kann, will man nicht erneut einem europazentrierten Blick auf den »schwarzen Kontinent« anheim fallen.

Wie sehr eine moderne Geschichtsschreibung sich als »histoire croisée« (Bénédicte Zimmermann/Michael Werner) versteht und die Verflechtungen und den Transfer in den Fokus der Untersuchung rückt, macht Peter Burschel deutlich, der der transkulturellen Biografie eines Gelehrten des 16. Jahrhunderts nachgeht, der im christlichen Italien wie im islamisch-arabischen Nordafrika ganz unterschiedliche Spuren hinterlassen hat.

Aber auch die politische Geschichte erschöpft sich längst nicht mehr darin, staatliches Handeln, Strukturzwänge von Bürokratien oder die Entscheidungen von Regierungen zu erforschen. So verknüpft Birgit Aschmann die Geschichte der Sexualität im 19. Jahrhundert mit dem Aufstieg und Fall der spanischen Königin Isabella II. in der öffentlichen Wahrnehmung, die schließlich zu ihrer Entthronung führte. Vorstellungen von einem angemessenen Verhalten einer Königin, sexuelle Imaginationen und Grenzen öffentlicher Sagbarkeit verschränkten sich in signifikanter Weise miteinander.

Bilder der Macht waren ebenso für die Repräsentation der kommunistischen Nomenklatura im 20. Jahrhundert notwendig. Neben der Visualisierung, die mit der rasanten Verbreitung der Fotografie und des Films zu einem entscheidenden Medium von Herrschaftsdurchsetzung wurde – erinnert sei nur an die Relevanz, die sämtliche Diktaturen der Propaganda beimaßen –, bildete aber auch die Autobiographie ein Textgenre, in dem sich die »Notwendigkeit« der Geschichte schreiben ließ. Martin Sabrow zeigt am Beispiel kommunistischer Autobiographien ehemaliger DDR-Politiker, insbesondere an Erich Honecker, die rhetorischen Figuren einer planbaren Geschichte. Diese Berührung von Literatur und Geschichte in der Herstellung eines historischen Narrativs, dessen Fiktionalität durch die prononcierte Faktizität nicht verborgen werden kann, stellt sicher eine besondere Herausforderung an eine Geschichtsschreibung dar, die selbst das Erzählen wiederentdeckt hat.

Das gilt auch für die Entstalinisierung in der Sowjetunion, deren zentralen Akteur Nikita Chruschtschow Jörg Baberowski untersucht. Entgegen gängigen Annahmen schildert Baberowski, wie wichtig die Rolle Chruschtschows war und wie prekär stets die Entscheidungsmomente waren, in denen es darauf ankam, das langjährige, verheerende stalinistische Gewaltregime in eine politische Ordnung von Berechenbarkeit und Sicherheit zu überführen.

Die Bezugsgröße ist dabei immer das Volk. Der Satz, der in jeder demokratischen Verfassung obenan steht, dass nämlich alle Gewalt vom Volke ausgehe, bleibt dennoch in bestimmter Weise Fiktion, denn das Volk ist unsichtbar. Und dennoch tritt es immer wieder auf die Bühne der Geschichte, ob in

Frankreich 1789, in Russland 1917, in Deutschland 1918 und 1933, in Polen 1980 oder dann in ganz Osteuropa 1989/90. Diese Ambivalenz einer Volkssouveränität, deren Subjekt *demos* oder *ethnos* sein kann, widmet sich Michael Wildt in seinem Beitrag, mit dem erneut deutlich wird, wie sehr politische Geschichte heute als Kulturgeschichte des Politischen begriffen wird.

In Hegels klassischer Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft waren Politik und Wirtschaft zwei voneinander getrennte Bereiche. Dass demgegenüber Korruption Teil der politischen Ökonomie sein kann und trotz aller öffentlichen Kritik offenkundig ein unauslöschlicher Ausdruck der Verbindung von staatlichem Handeln und ökonomischer Rationalität ist, erhellt der Beitrag von Alexander Nützenadel und macht damit wiederum die Horizontöffnungen erkennbar, die sowohl die politische Geschichte wie die Wirtschaftsgeschichte in den vergangenen Jahren erfahren haben.

Eine der spannendsten Diskussionen in der Geschichtswissenschaft der jüngsten Zeit haben Anselm Döring-Manteuffel und Lutz Raphael ausgelöst, indem sie den siebziger Jahren den Charakter eines Strukturbruchs in der Industriemoderne zugewiesen haben. Und so ist es kein Zufall, dass sich vier Beiträge aus ganz unterschiedlichen Perspektiven diesem Jahrzehnt nähern. Thomas Mergel untersucht die Veränderungen der politischen Kultur, die Auflösung des Links/Rechts-Schemas und das Aufkommen neuer Konfliktfelder wie neuer Konfliktcodes. Gabriele Metzler widmet sich der politischen Gewalt in den siebziger Jahren, die das staatliche Gewaltmonopol herausforderte und den deutschen wie auch andere europäische Staaten in zum Teil heftige Krisen stürzte, wie der terroristischen Gefahr mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden könnte.

Anke te Heesen wiederum untersucht in ihrem wissenschaftsgeschichtlichen Beitrag den epistemologischen Wechsel in den siebziger Jahren zur »Spurensicherung«, zur Aufwertung der Dinge, die, wie sie exemplarisch an mehreren Ausstellungen zeigt, Kunst und Geschichte zusammenführt, weil die Objekte stets zu einer Geschichte führen. Und Thomas Sandkühler schließlich weist auf den Generationenwechsel in der Geschichtsdidaktik in den siebziger Jahren hin, verbunden mit dem Vorschlag, die Geschichte der Geschichtsdidaktik nicht länger im Rahmen der Historischen Bildungsforschung zu schreiben als vielmehr als Kulturgeschichte.

Weitere Kolleginnen und Kollegen des Instituts wie der Althistoriker Wolfgang Nippel, die Mediävisten Johannes Helmrath und Michael Menzel, der Preußenhistoriker Wolfgang Neugebauer oder die Kaukasusexpertin Eva-Maria Auch hätten diese Liste mit eigenen Beiträgen zur Pluralität und Reflexivität fortsetzen können, wenn nicht der zeitliche Rahmen der Ringvorlesung auch eine Begrenzung der Vorträge gesetzt hätte.

Sicher stellen die Beiträge dieses Bandes nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine Bestandsaufnahme dar, wie heute in der Geschichtswissenschaft über Geschichte nachgedacht wird, welche Fragen gestellt, welche Forschungsansätze angelegt werden. Die Arbeit an der Geschichte, wie sie dieser Band dokumentiert, kann daher nicht abgeschlossen sein. Vielmehr sollen die Beiträge ermuntern und anregen, Geschichte als ein überaus spannendes und produktives Feld der Wissenschaft zu entdecken und stets neu zu vermessen. »Wir können nicht arbeiten«, so Max Weber, »ohne zu hoffen, dass andere weiter kommen werden als wir.«²

2 Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*, Berlin 1992, S. 16.

Aloys Winterling

Wie modern war die Antike? Was soll die Frage?

Einleitung

Die Frage nach der Modernität der Antike ist selbst alles andere als modern: Schon seit mehreren Jahrhunderten hat man in Europa die Antike mit der eigenen Gegenwart verglichen. Berühmt ist die durch eine Sitzung der Académie Française 1687 eingeleitete »Querelle des Anciens et des Modernes«, in der es um die Frage der Ebenbürtigkeit der Moderne mit der Antike ging.¹ Die Frage »Was soll die Frage?« nimmt dagegen eine relativ neue Beobachterposition ein, die über keine so lange Tradition verfügt. Indem sie nach dem Zweck der Frage fragt, beobachtet sie nicht die Antike selbst, sondern sie beobachtet die Beobachter der Antike. Es handelt sich also um eine Beobachtung zweiter Ordnung.

Da ich nicht nur die zweite, sondern auch die erste Frage stelle, bin ich in der Situation, dass ich die Antike hinsichtlich ihrer Modernität zu beobachten habe – und dass ich nicht nur andere Beobachter der Antike, sondern gleichzeitig auch mich selbst bei der Beobachtung der Antike zu beobachten habe. Ich möchte dies in folgenden Schritten versuchen: Im ersten Schritt (»Die Antike als Identifikationsobjekt«) geht es um lange gültige Konstruktionen der griechisch-römischen Antike. Im zweiten Schritt sollen diese Konstruktionen dekonstruiert werden (»Selbsttäuschung und produktive Missverständnisse«). Drittens sollen alternative Rekonstruktionen versucht werden (»Die Antike, die Moderne und die Modernität der Antike«). Während der erste und der zweite Teil knappe Skizzen sind, geht es im dritten einerseits (a) um eine ausführlichere strukturgeschichtliche Beschreibung der Gesellschaften der griechisch-römischen Antike aus gegenwärtiger Sicht, andererseits (b) um eine gegenwärtige Theorie, die die moderne Gesellschaft als nach Funktionsbereichen differenzierte Gesellschaft beschreibt.

1 Siehe Peter K. Kapitza, *Bürgerlicher Krieg in der gelehrten Welt. Zur Geschichte der Querelle des Anciens et des Modernes in Deutschland*, München 1981; Arbogast Schmitt, *Querelle des Anciens et des Modernes*, in: *Der Neue Pauly* 15, 2 (2002), S. 507–622.

Drittens (c) soll versucht werden, beide in einem Strukturvergleich einander gegenüberzustellen, um auf diese Weise in methodisch kontrollierter Weise Aussagen über die Modernität der Antike zu ermitteln. Abschließend werde ich unter der Überschrift »Aristoteles und die Gier der Banker« einige Überlegungen zur »Antiquität der Moderne« anstellen und eine Antwort auf die Frage »Was soll die Frage?« versuchen.

Vorweg hat noch eine kurze Begriffsklärung zu erfolgen: Die Begriffe »modern« und »Moderne« werden im Folgenden in drei unterschiedlichen Bedeutungen verwandt:²

1. als Selbstbezeichnungen der nachantiken Gesellschaften seit dem Mittelalter: Als *moderni* beschrieben sich die gegenwärtig Lebenden im Gegensatz zu den »Alten«, den *antiqui*, so z. B. in der genannten »Querelle des Anciens et des Modernes« vom Ende des 17. Jahrhunderts.

2. als konventionelle Periodisierungsbegriffe der europäischen Geschichte: Demnach ist unter der »modernen Gesellschaft« die europäische Gesellschaft ungefähr seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts zu verstehen; die etwa drei Jahrhunderte vorher werden entsprechend als Frühmoderne bezeichnet. »Moderne« und »Frühmoderne« entsprechen damit den Begriffen »Neuzeit« und »Frühe Neuzeit«, ohne dass damit schon etwas über den qualitativen Charakter der Gesellschaft dieser Zeit ausgesagt wäre.

3. Genau auf diesen qualitativen Charakter zielt die dritte Bedeutung von »modern« und »Moderne«: Sie bezieht sich auf die »Modernität« der »Moderne«, d. h. auf das, was die europäische Gesellschaft etwa seit dem Ende des 18. Jahrhunderts von den europäischen Gesellschaften der Zeit davor und von den vorherigen und gleichzeitigen Gesellschaften außerhalb Europas, d. h. von »vormodernen Gesellschaften« im allgemeinen, strukturell unterschied. Dabei erscheint der seit dem 19. Jahrhundert deutlich werdende Prozess der Globalisierung als die Ausbreitung des Typs der modernen Gesellschaft von Europa auf die Welt. Nur in dieser Hinsicht kann man nun die Frage nach der »Modernität« der Antike stellen, denn dass die Antike nicht die Neuzeit war (im Sinne der zweiten Bedeutung von »modern«), ist ja unumstritten.

Keineswegs unumstritten ist allerdings derzeit die Modernität (im dritten Sinne) der Moderne (im zweiten Sinne).³ Das dürfte zusammenhängen mit zwei gescheiterten Theorieentwürfen: dem Evolutionismus des späten

2 Vgl. Hans U. Gumbrecht, *Modern. Modernität, Moderne*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, 1978, S. 93–131.

3 Siehe zum Folgenden: Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975; Thomas Mergel, *Modernisierung*, in: *Europäische Geschichte Online*, hg. vom Leibniz Institut für Europäische Geschichte, Mainz [27.4.2011].

19. Jahrhunderts und der Modernisierungstheorie der Mitte des 20. Jahrhunderts. Beide gingen davon aus, dass die Entwicklung, die zur europäischen Gesellschaft der Neuzeit geführt hatte, sich als ein *zielgerichteter Prozess* beschreiben lasse; dass dieser Prozess *positiv* zu werten sei, als »Fortschritt« zu immer besseren Verhältnissen; dass *alle* Gesellschaften, d.h. v.a. auch die Gesellschaften außerhalb Europas, diesen und keinen anderen Prozess ebenfalls zu durchlaufen hätten, wenn sie sich denn zum Positiven entwickeln wollten, dass dieser Prozess also ein *universaler und notwendiger Prozess* sei; schließlich – so in der Nachkriegszeit und v.a. aus der Sicht der westlichen Welt –, dass den Gesellschaften, die noch nicht den Status der Modernität erreicht hätten, durch *Entwicklungshilfe* dazu zu verhelfen sei. Zielgerichtet, fortschrittlich, notwendig, auf alle Gesellschaften übertragbar – durch diese Implikationen wurde der Begriff der Moderne eurozentrisch, normativ aufgeladen, also unwissenschaftlich, und mit einer empirisch nicht haltbaren Entwicklungstheorie assoziiert. Es ist gut verständlich, dass sich weite Teile der jüngeren sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschung von ihm ferngehalten haben.

Die Frage ist allerdings, ob man auf ihn – gereinigt von evolutionistischen und modernisierungstheoretischen Vorstellungen – verzichten kann. Aus der Sicht von Historikern der vorneuzeitlichen Epochen Europas, und ebenso der von Erforschern außereuropäischer vorneuzeitlicher Gesellschaften und Kulturen z.B. in China, Indien, Mittelamerika oder Afrika, kann nun aber meines Erachtens überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass es sich bei dieser europäischen Moderne um ein einmaliges, historisch aus dem Rahmen fallendes und für alle andern Gesellschaften in der Welt ganz außerordentlich folgenreiches Phänomen handelt. Deshalb scheint es mir notwendig, in diesem Sinne an dem Begriff der Moderne festzuhalten.

Die Antike als Identifikationsobjekt

Die »Querelle« am Ende des 17. Jahrhunderts war eine Zäsur in der Bezugnahme auf die Antike. Seit dem 14. Jahrhundert hatte die verstärkte Beschäftigung mit der schriftlichen Überlieferung der Griechen und Römer, seit dem 15. Jahrhundert ein neu erwachtes Interesse an der antiken Kunst und Architektur in Italien zu einer Art Wiederentdeckung der Antike geführt. Die eigene unmittelbare Vorgeschichte, die dann später als »Mittelalter« bezeichnet wurde, galt als dunkle Zeit der Barbarei, in der die Wissenschaft sich in metaphysische Spekulationen verstiegen hatte, in der Autorität

und dumpfer Gehorsam dominiert hatten. Die Antike wurde demgegenüber als ein vergangenes Zeitalter der Vernunft, der Freiheit, der Wissenschaften und der Künste angesehen, das wiederbelebt werden sollte. Die Renaissance (»Wiedergeburt«) der Antike galt als Aufgabe und zugleich als Selbstbeschreibung der Zeit, die sich dann seit dem 17. Jahrhundert auch »neue Zeit« oder »Neuzeit« nannte. Man glaubte, durch die Beschäftigung mit der vorbildlichen Kultur und Sprache der *antiqui*, der »Alten«, die *humanitas* zu fördern, die Bildung zur vollkommenen Menschlichkeit.⁴

Auch als in der »Querelle« die These aufgestellt wurde, die Neuzeit sei (mittlerweile) der Antike in vielen Hinsichten – zumal was den Bereich der Naturwissenschaften und die Selbstreflexivität der Vernunft anging – gleichwertig oder überlegen, änderte das nichts an der Annahme einer Vorbildlichkeit der Antike, ja steigerte eher noch deren Idealisierung im Bereich von Kultur und Bildung. In Neuhumanismen, etwa dem deutschen des frühen 19. Jahrhunderts, wurden immer wieder Rückgriffe auf die Antike versucht. Sie galt als klassische Zeit, auf die man sich auch noch bezog, als die Modernität der Moderne und ihre Differenz zur Antike sich in immer klareren Formen abzeichneten: Das humanistische Gymnasium, das Studium der klassischen Sprachen, wurde als Vorbereitung für ein Leben in der modernen Industriegesellschaft empfohlen.

Die vielfältigen Bezugnahmen und Rückgriffe auf die Antike seit dem Spätmittelalter haben nun deutliche Spuren im kulturellen Haushalt der Moderne hinterlassen. Ich möchte dies kurz am Beispiel der europäischen Sprachen dokumentieren: Fast die komplette Terminologie, mit der die moderne Gesellschaft ihre Besonderheiten beschreibt, basiert auf ursprünglich griechischen oder lateinischen Wortkörpern (oder aus Kombinationen beider wie das Wort »Terminologie« selbst, das aus dem lateinischen Wort *terminus* und dem griechischen Wort *logos* gebildet ist). So ist nach dem lateinischen *societas* engl. *society*, franz. *société*, ital. *società*, im Deutschen das *Soziale* gebildet; auf lat. *cultus* basiert engl. *culture*, franz. *culture*, ital. *cultura*, dt. *Kultur*. Der gleiche Befund ist in vielen anderen Bereichen feststellbar: Politik kommt von griech. *polis*, *politiká* (Stadt, bürgerliche Angelegenheiten), Ökonomie von *oikos*, *oikonomia* (Haus, Haushaltungskunst), viele Bereiche der Wissenschaft (engl. *science*, franz. *science*, ital. *scienza*, alles von lat. *scientia*)

4 Für die heutige Wissenschaft von der griechisch-römischen Antike hat diese Zeit vor allem die Sicherung der schriftlichen Überlieferung geleistet, nach der systematisch in den alten Klosterbibliotheken gesucht wurde und die mit der neuen Technik des Buchdrucks verbreitet wurde. Auch dem römischen Recht galten neues Interesse und editorische Bemühungen, und ebenso wurden materielle Quellenbestände, Inschriften, Münzen, antike Plastik und antike Bauwerke in neuer Weise behandelt und dokumentiert.

haben antike Namen, so die Soziologie oder auch die Germanistik. Familie kommt von lat. *familia*, Pädagogik von griech. *paidagogos*, Religion von lat. *religio*.

Nicht nur Begriffe des Ganzen (Gesellschaft, Kultur), auch die Beschreibung der zentralen gesellschaftlichen Kommunikationsbereiche der modernen Gesellschaft (Politik, Ökonomie, Wissenschaft, Familie, Pädagogik, Religion) sind also fast vollständig durch griechisch-lateinische Fremdworte dominiert. Es scheinen solche Befunde zu sein, die bis in die Gegenwart die Annahme plausibel gemacht haben, die griechisch-römische Antike sei die Basis der modernen europäischen, und das bedeutet heute eben zunehmend auch: der Weltkultur. In einem solchen Sinne schreibt z. B. Jacob Burckhardt in der Einleitung seiner berühmten Griechischen Kulturgeschichte am Ende des 19. Jahrhunderts: »Wir sehen mit den Augen der Griechen und sprechen mit ihren Ausdrücken.«⁵ Bei dem Altphilologen Manfred Fuhrmann heißt es am Ende des 20. Jahrhunderts: Die Griechen »waren nun einmal der Anfang unserer Kultur, und dieser Anfang hat die Neuzeit tief geprägt und prägt mit kaum verminderter Kraft die Gegenwart.«⁶

Selbsttäuschung und produktive Missverständnisse

Es ist nicht nur Mediävisten bekannt, dass die Vorstellungen, die sich die frühe Neuzeit vom dunklen Mittelalter machte, tendenziös und weitgehend falsch waren. Hinsichtlich der wichtigen Frage der Selbstreflexivität des Denkens z. B. kann das Mittelalter mit der Antike (Aristoteles) und der Neuzeit (Descartes) durchaus mithalten: Man denke nur an John Duns Scotus. Andererseits sind viele aus heutiger Sicht wichtige Elemente des Neuen seit der Zeit des Humanismus und der Renaissance gar nicht auf antike Vorbilder zurückführbar (z. B. die Zentralperspektive der Malerei oder die Erfindung der Doppelten Buchführung am Ende des 15. Jahrhunderts in Italien; dasselbe gilt für den Buchdruck, der sich etwa zur gleichen Zeit als entscheidendes Verbreitungsmedium gesellschaftlicher Kommunikation durchsetzte). Was aber sollte dann die Annahme einer Vorbildlichkeit der Antike? Welche Funktion hatte der Rückbezug auf die Antike in der sich seit dem Spätmittelalter langsam verändernden Gesellschaft Europas?

5 Jacob Burckhardt, Griechische Kulturgeschichte, Bd. 1 (Kritische Gesamtausgabe Bd. 19), München, Basel 2002, S. 371.

6 Manfred Fuhrmann, Europas fremd gewordene Fundamente. Aktuelles zu Themen aus der Antike, Zürich 1995, S. 36.

Mir scheint die Erklärung im Bereich der Temporalstrukturen der Gesellschaft jener Zeit zu liegen.⁷ Die Vergangenheit war die zentrale Zeitdimension für die Orientierung in der Gegenwart. Das Streben nach Veränderung und Neuheit galt als unschicklich und außerdem als gefährlich. Die Vergangenheit limitierte daher zugleich das, was an Veränderung in der Gegenwart möglich war. Die Konstruktion einer Antike als eigener Vorvergangenheit im Zeitalter des Humanismus und der Renaissance ermöglichte demgegenüber zweierlei: die Abkoppelung der eigenen Gegenwart von ihrer unmittelbaren, »mittelalterlichen« Vergangenheit und die Orientierung an einer tatsächlich neuen Zukunft, die aber als die eigentlich verbindliche (Vor-)Vergangenheit dargestellt werden konnte. Demnach handelt es sich bei dem Glauben der entstehenden Frühmoderne an ein Wiederaufleben der Antike um eine Selbsttäuschung der Gesellschaft über die in ihrer Gegenwart stattfindenden Veränderungen. Die Antike wurde keineswegs wiedergeboren (wie sollte man sich das auch vorstellen?), sondern lediglich – wenn man in der Metapher bleiben will – als Geburtshelferin einer neuen Zeit benutzt.

Die Konstruktivität der Sicht auf die griechisch-römische Antike seit ihrer Wiederentdeckung im Spätmittelalter möchte ich anhand eines Beispiels kurz vorführen, anhand des Begriffs »Polizei«.⁸ Er ist abgeleitet von dem griechischen Begriff *πολιτεία* (*politeia*), der in seiner klassischen antiken Formulierung, bei Aristoteles im 4. Jahrhundert v. Chr., eine doppelte Bedeutung hat: Er bezieht sich auf die städtische Bürgerschaft der griechischen Polis und meint einerseits diese Bürgerschaft im sozialen Sinne, d. h. die Gesamtheit der Bürger, die die Polis bilden, andererseits zugleich die politische Ordnung, in der diese Bürger sich befinden, d. h. »Verfassungen« wie Demokratie, Oligarchie etc. (Schließlich bezeichnet der Begriff dann auch das mit beidem zusammenhängende Bürgerrecht).⁹ Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts gelangte das Wort über die Latinisierung *politia* in den deutschen Sprachbereich – nicht zur Bezeichnung der Bürgerschaften städtischer Gemeinwesen, sondern zur Bezeichnung der nach Ständen gegliederten Ordnung der Gesellschaft sowie zur Beschreibung der inneren Ordnung des frühmodernen Fürstentums. »Policey« meinte jetzt: »Zustand guter Ordnung des Gemeinwesens«

7 Siehe hierzu allgemein Reinhart Koselleck, *Historia magistra vitae. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte* [1967], in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1979, S. 38–66.

8 Vgl. dazu Franz Ludwig Knemeyer, *Polizei*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, 1978, S. 875–897.

9 Siehe bes. Aristoteles, *politica* 1274 b 37 f.; 1278 b 8 f. Dazu Aloys Winterling, *Aristoteles' Theorie der politischen Gesellschaft*, in: Karen Piepenbrink (Hg.), *Philosophie und Lebenswelt in der Antike*, Darmstadt 2003, S. 67–82, 72 f.

und »Rechtssatz, gerichtet auf die Herstellung und Erhaltung guter Ordnung«, sowie die »innere Verwaltung« zu diesem Zweck. Im 18. Jahrhundert verengte sich dann die Bedeutung auf den heutigen Sinn: ein mit Zwangsgewalt ausgestatteter besonderer Teil der staatlichen Verwaltung.¹⁰

Mit einer ständisch gegliederten Gesellschaft und einer fürstlichen Territorialherrschaft hat nun die griechische Bürgerpolis nur noch sehr wenig zu tun, mit der heutigen Polizei gar nichts mehr: Etwas Vergleichbares gab es in griechischen Städten nicht. D. h. der Begriff wurde aus seinem ursprünglichen antiken Kontext gelöst und für ganz andere, neue Sachverhalte verwandt, für die noch keine Begriffe zur Verfügung standen. Der Rezeptionsvorgang lässt sich somit beschreiben als Verwendung antiken Gedankengutes für moderne Phänomene, für die es nicht gedacht war, für die es gleichwohl sinnvoll adaptiert werden konnte – als produktives Missverständnis also.

Die Antike erscheint nun angesichts solcher Befunde – und viele andere ließen sich an ihre Seite stellen – keineswegs als der Ursprung und das Fundament der Moderne. Vielmehr scheint sie späteren Zeiten als eine Art Projektionsfläche ihrer jeweils eigenen, gegenwärtigen Probleme gedient zu haben: als Mittel, um sich durch eine idealisierte Vergangenheit eine neue Zukunft zu ermöglichen (Renaissance, Humanismus), oder als Begriffs-Reservoir für Neues, das es in der Antike gar nicht gegeben hatte (»Polizei«).

Dieses Ergebnis ist nun zweifellos aufschlussreich für die Frage nach der Frage nach der Antike, d. h. für die Beobachtung zweiter Ordnung. Über die Antike selbst, die Frage nach ihrer Modernität, die Beobachtung erster Ordnung also, ist damit jedoch noch nichts ausgesagt.

Die Antike, die Moderne und die Modernität der Antike

a) Die Antike

Als erstes habe ich nun etwas genauer auf den Gegenstand »Antike« einzugehen. Ich möchte dies in Form einer strukturgeschichtlichen Skizze tun.¹¹ Die dabei leitende Frage ist die nach den strukturellen Besonderheiten, die

10 Knemeyer, Polizei, S. 886, 984.

11 Der folgende Abschnitt zitiert in leicht überarbeiteter Form: Aloys Winterling, Die politische Zivilisation der griechisch-römischen Antike [in russ. Sprache], in: Journal of the Yaroslavl State Pedagogical University 26 (2001), S. 108–115; sowie: Ders., Über den Sinn der Beschäftigung mit der antiken Geschichte, in: Jörn Rüsen u. a. (Hg.), Sinn (in)

die Antike von anderen vormodernen, sog. hochkulturellen, d. h. v. a. über eine vornehme Oberschicht und Schriftlichkeit verfügenden, Gesellschaften im Vorderen Orient, in Ägypten, Indien, China, Japan und Mittelamerika unterschieden.

Solche Besonderheiten sind ab etwa 1000 v. Chr. greifbar, als sich im östlichen Mittelmeerraum städtische Siedlungsformen durchsetzten. Einzelne Anführer oder Clanchefs begründeten mit ihren gentilizischen Verbänden und abhängigen Gefolgschaften gemeinsam autonome städtische Gemeinwesen, die häufig in Küstennähe gelegen waren und die sich – obwohl Mitglieder einer Kultur- und Sprachgemeinschaft – gegenseitig als politische Umwelt behandelten. Die antike Kultur war, wie es Max Weber klassisch ausgedrückt hat, »ihrem Wesen nach zunächst: *städtische* Kultur«. ¹² Die Gründe mögen naturräumlicher Art gewesen sein (Nutzung der überseeischen Handelsmöglichkeiten mit dem Orient), eine wichtige Folge war, dass die üblichen, aus anderen vormodernen »Hochkulturen« bekannten Herrschaftsformen – überregionale Monarchien auf der Basis patrimonialer oder feudaler Strukturen – hier ausblieben.

Die politische Struktur dieser Städte war dadurch gekennzeichnet, dass sich auch in ihrem Inneren keine dauerhaften monarchischen, d. h. über Geburt und Familie perpetuierten Herrschaftsformen durchhielten, dass sich statt dessen eine Art Rotationsprinzip bei der Ausübung der Herrschaftsrollen etablierte: Die Clanchefs, die stadtsässige Adlige geworden waren, kämpften nicht permanent gegeneinander um die Vorherrschaft, sondern arrangierten sich und herrschten abwechselnd. Ein Grund dafür dürften die durch die städtische Interaktionssituation gegebenen Kommunikationsmöglichkeiten gewesen sein, die es einzelnen schwer machte, sich auf Dauer gegen alle anderen zu behaupten. Die Folge war die Ausbildung von politischen

der Antike. Orientierungssysteme, Leitbilder und Wertkonzepte im Altertum, Mainz 2003, S. 403–419, 410–414. – Grundannahmen der sehr abstrakten, und selbstverständlich ihrerseits dekonstruierbaren, Rekonstruktion gehen zurück auf Max Weber und Alfred Heuß (siehe vor allem Max Weber, Agrarverhältnisse im Altertum [1908], in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen ²1988, S. 1–288 [Max Weber Gesamtausgabe Bd. 1/6, S. 320–747]; sowie Webers postum erschienener Aufsatz »Die Stadt«, in: Ders., Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, besorgt von Johannes Winckelmann, Tübingen ³1972, S. 727–814 [Max Weber Gesamtausgabe Bd. 1/22–5, S. 59–299]; Alfred Heuß, Herrschaft und Freiheit im griechisch-römischen Altertum [1965], in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 1, Stuttgart 1995, S. 438–499).

12 Max Weber, Die sozialen Gründe des Untergangs der antiken Kultur [1896], in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen ²1988, S. 289–311, Zitat S. 291 (Max Weber Gesamtausgabe Bd. 1/6, S. 99–127, Zitat S. 102).

Organisationsstrukturen auf der Basis von wechselnd bekleideten, über den Zeitmechanismus (Jährlichkeit) institutionalisierten Rollen. Damit war zugleich eine Trennung der Herrschaftsrollen von den sie bekleidenden Personen etabliert, und dieses Prinzip scheint schnell irreversibel geworden zu sein.

Die politischen Ordnungen waren keine »Verfassungen« im heutigen Sinne, vielmehr handelte es sich um eine Art politischer Integration der lokalen Adelsgesellschaften: Zugehörigkeit zum Adel war Voraussetzung für die Ausübung zeitlich begrenzter politischer Ämter, und die Ausübung politischer Ämter sowie führende Tätigkeiten für die Stadt generell manifestierten Adligkeit und regelten die Stellung des ehemaligen Amtsträgers in der inneren Hierarchie der Adelsgesellschaften.

Die weitere Entwicklung im Inneren der Städte war gekennzeichnet durch eine Verbreiterung der an der politischen Funktionsausübung beteiligten Personenkreise, die in einigen Städten im Laufe des 6. und 5. Jahrhunderts v. Chr. zu »Demokratien« führte, kunstvoll differenzierten Systemen mit politischen Institutionen sowie kleinen und kleinsten Ämtern, an denen das gesamte Volk, d. h. die erwachsenen männlichen Vollbürger, beteiligt war. Militärtechnische Veränderungen und Adelsrivalitäten scheinen ein Hintergrund für diesen Prozess gewesen zu sein, in dessen Verlauf die politische Ordnung selbst zum Gegenstand von Politik gemacht wurde. Auch unter den Bedingungen von Demokratien blieb jedoch ein Charakteristikum dieser Politik, dass sie sich ausschließlich auf die versammelten männlichen Bürger in der Stadt bezog (die vielleicht 20 Prozent der Bevölkerung ausmachten). Im Bereich des *oikos*, des Hauses, übte der einzelne Bürger als *despotes* Herrschaft über seine Familie und über seine Sklaven aus, rechtlose Personen, die sein Eigentum waren.

Die Leistungsfähigkeit dieser griechischen »Stadtkultur«, bzw. der griechischen Gesellschaft, die in eine Vielzahl von Städten differenziert war, zeigte sich in militärischer Hinsicht, als zu Beginn des fünften Jahrhunderts Siege über die Invasionstruppen des persischen Großreiches errungen wurden, sie zeigte sich aber vor allem in kultureller Hinsicht: Neue Formen der Dichtung, der bildenden Kunst und der Architektur entstanden, das Theater – Komödie und Tragödie – wurde erfunden, seit dem späteren fünften Jahrhundert entstand erstmals eine Reflexion über die Vergangenheit in der Form der Historiographie. Schließlich bildeten sich mit der griechischen Philosophie seit dem sechsten Jahrhundert Wissenssysteme, die Mathematik, Natur, Medizin, Sprache und Grundbedingungen des Seins zum Gegenstand machten und auf Regelmäßigkeit untersuchten. Sie mündeten im vierten Jahrhundert v. Chr., bei Platon und Aristoteles, in universale wissen-

schaftliche Entwürfe, die sämtliche der menschlichen Erfahrung zugängliche Bereiche (Natur, Politik, Gesellschaft, Ethik, Rhetorik) zum Gegenstand rationaler Erforschung machten und die erstmals auch Wissenschaft auf Wissenschaft anwandten, indem sie die Bedingungen der Möglichkeit wahrer Erkenntnis untersuchten.

Die Entwicklung in Mittelitalien verlief in etwa parallel mit ca. 150 Jahren Verspätung. Auch hier, an der Peripherie der griechischen Städte Süditaliens, entstanden ähnlich strukturierte städtische politische Einheiten, unter denen v. a. die Stadt Rom herausragte. Sie brachten zwar keine den griechischen Städten vergleichbaren kulturellen Leistungen hervor, adaptieren jene aber erfolgreich. Die Besonderheit der Römer scheint u. a. darauf beruht zu haben, dass ältere, segmentär-gentilizische Abhängigkeitsverhältnisse in Form des Klientelwesens erfolgreich in die hochkulturelle Stadtgesellschaft überführt wurden. Die Folge war eine stabile Adelherrschaft, die eine Entwicklung zur Demokratie wie in griechischen Städten verhinderte. Der Stabilität der inneren Verhältnisse diente die Entwicklung eines rationalen Rechtssystems, das in Griechenland kein Vorbild hatte. Vor allem aber zeichnete das römische Gemeinwesen eine militärische Effektivität aus, die im Rahmen der – wie auch in Griechenland – häufigen Kriege der Städte untereinander dazu führte, dass im Laufe des vierten Jahrhunderts v. Chr. zunächst Latium, dann das restliche Italien, schließlich im dritten Jahrhundert durch den Sieg über die rivalisierende Stadt Karthago der gesamte westliche Teil des Mittelmeerraumes unter die Herrschaft der Stadt gebracht wurde.

Auch Rom war im Übrigen eine Gesellschaft männlicher Vollbürger, die in ihrem Haus, der *domus*, eine väterliche Gewalt (*patria potestas*) über Frau, Kinder und Sklaven ausübten, eine väterliche Gewalt, die hier sogar bis zum Tötungsrecht der ihr Unterworfenen reichte.

Kennzeichnend für die Geschichte der antiken Gesellschaften ist nun, dass sie über die skizzierte Form nicht hinausgekommen sind. Die Geschichte Griechenlands im vierten Jahrhundert v. Chr. ist gekennzeichnet durch politische Desintegration der politisch integrierten Stadtgesellschaften: Nach dem ruinösen Peloponnesischen Krieg zwischen den beiden mächtigsten Städten, Athen und Sparta, herrschte ein fast permanenter Krieg aller gegen alle ohne stabile Bündnisbeziehungen, und – in Wechselwirkung damit – kam es im Inneren vieler Städte zu zum Teil mit äußerster Brutalität geführten Bürgerkriegen, denen Kämpfe zwischen rivalisierenden Gruppierungen der Oberschicht und Spannungen zwischen Oberschicht und Volk zugrunde lagen.

Das Ergebnis dieser Desintegration war, dass das einfacher strukturierte – aus griechischer Sicht eher barbarische – Reich der Makedonen im Norden

unter einem fähigen König, Philipp II., innerhalb weniger Jahre Griechenland erobern und damit unter die Herrschaft einer auswärtigen Monarchie bringen konnte. Das Macht- und Organisationspotential, das in den griechischen Stadtgesellschaften steckte, zeigte sich, als es der Sohn Philipps, Alexander d. Gr., in einem Krieg einte und innerhalb weniger Jahre das riesige persische Großreich bis zum Indus eroberte.

Während die antike griechische Gesellschaft gewissermaßen politisch implodierte und von außen erobert wurde, zeigte sich im westlichen Mittelmeerraum die politische Explosion einer Stadt, die alle anderen unter ihre Herrschaft brachte. Nach dem Sieg über Karthago waren die in der Nachfolge Alexanders in Griechenland und im vorderen Orient entstandenen hellenistischen Monarchien nacheinander an der Reihe und wurden bis zum Jahre 31 v. Chr. vollständig unter römische Herrschaft gebracht, eine Herrschaft, die damit zur Herrschaft über die antike Welt überhaupt geworden war.

Bezeichnend waren nun aber die Kosten dieses römischen Erfolgs: Die Stabilität der römischen Adesherrschaft, die durch eine kunstvolle politische Ordnung (Magistratur, Volksversammlungen, Senat) über Jahrhunderte gesichert worden war, zerbrach in den Bürgerkriegen des ersten Jahrhunderts v. Chr., die sich gewissermaßen zu antiken Weltkriegen ausweiteten. Einzelne bedeutende Adlige – prominent zuerst Sulla, dann Pompeius und Caesar, schließlich Antonius und Oktavian, der spätere Augustus – nutzten die enormen Machtressourcen des Reiches im Streben nach einer Alleinherrschaft, die offensichtlich strukturell notwendig geworden war: Die städtische Adelsrepublik war unfähig, das Weltreich zu regieren.

So bildete auch hier – wie in Griechenland, nur von innen statt von außen kommend und in Form des Kaisertums – die Monarchie den Endpunkt der politischen Entwicklung. Im Vergleich mit den differenzierten städtischen politischen Verfassungen der klassischen Zeit war die auf Militär basierende römische Monarchie einfach strukturiert: Die Trennung von Person und Herrschaftsrolle, die komplizierten Verfahren zur Herstellung politischer Entscheidungen, die die griechischen Poleis ebenso wie die römische *res publica* ausgezeichnet hatten, wurden aufgehoben in der Herrschaft eines Einzelnen und seines Hofes. Der Kaiser war weder wählbar noch absetzbar, man konnte ihn nur ausrufen oder umbringen, was beides denn auch häufig geschah.

Mit der römischen Kaiserzeit entstanden somit Verhältnisse, die auch für andere vorneuzeitliche hochkulturelle Gesellschaften gewissermaßen »normal« waren: eine große Territorien beherrschende Monarchie. Zugleich kann man beobachten, dass auch in kultureller Hinsicht – vergleicht man mit

Thukydides, der Attischen Tragödie oder Aristoteles – fortan Variation auf hohem Niveau, nicht aber Innovation dominierte. Der »Sonderweg« der antiken Gesellschaft war beendet. Nicht freilich diese selbst: Das römische Kaiserreich führte vielmehr zur räumlichen Ausbreitung antiker städtischer Lebensformen in den noch nicht urbanisierten Randgebieten von Nordafrika über Britannien bis zum Donaauraum, es bescherte dem Mittelmeerraum noch einige Jahrhunderte relativ friedlicher Zustände und z. B. ein Straßensystem, dessen Qualität erst im 19. Jahrhundert wieder erreicht wurde. Im Westen hatte es Bestand bis zu den germanischen Reichsbildungen der sog. Völkerwanderungszeit im fünften und sechsten Jahrhundert, im Osten gab es in Byzanz einen Fortbestand des Reiches bis zur Eroberung Konstantinopels durch die Türken im Jahre 1453.

Bevor nun ein gegenwärtiges Modell der Beschreibung der modernen Gesellschaft skizziert und den vorgestellten griechisch-römischen Gesellschaftsstrukturen gegenübergestellt wird, ist ein früherer Versuch zu bedenken, dem es ebenfalls darum ging, die Antike in theoretisch abgesicherter Form hinsichtlich ihrer Modernität zu analysieren.¹³ Er wurde 1908 von Max Weber vorgelegt. Die Frage nach der Modernität der Antike nahm bei ihm die Form der Frage nach dem antiken »Kapitalismus« an. Webers Arbeit »Agrarverhältnisse im Altertum«, ein Buchumfang erreichender Artikel, der von ihm für die dritte Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften verfasst wurde, leitet ein Kapitel ein, das die Überschrift »Zur ökonomischen Theorie der antiken Staatenwelt« trägt und in dem die Frage gestellt wird: »Kennt das Altertum (in einem kulturhistorisch relevanten Maß) kapitalistische Wirtschaft?« Diese sieht Weber mit einem Begriff »rein ökonomischen Inhalts« als überall dort gegeben, »wo Besitzobjekte, die Gegenstand des Verkehrs sind, von Privaten zum Zweck verkehrswirtschaftlichen Erwerbes benutzt werden.«¹⁴ Der Begriff »Kapitalismus« hebt also ab auf ein ausschließlich auf seine ökonomische Funktion ausgerichtetes Handeln zur Erzielung von Gewinn am Markt.

Weber listet verschiedene Bedingungen auf, die solches rein ökonomisch ausdifferenziertes Handeln in der Antike begünstigten und solche, die es behinderten. Er kommt z. B. ausführlich auf die Besonderheiten der Verwendung unfreier Arbeit zu sprechen, die durch Mortalitätsrisiken und schwankende Sklavenpreise rational schwer kalkulierbar war. Als Krone antiker Kapitalverwertungsarten sieht er die Steuerpacht, d. h. die private Ersteige-

13 Vgl. Aloys Winterling, Die römische Republik im Werk Max Webers. Rekonstruktion – Kritik – Aktualität, in: Historische Zeitschrift 273 (2001), S. 595–635.

14 Weber, Agrarverhältnisse, S. 59 (Max Weber Gesamtausgabe Bd. 1/6, S. 334).

zung der Steuereinnahmen von beherrschten Gebieten, was ihn zu der Charakterisierung des antiken Kapitalismus als einem »politischen Kapitalismus« führt, der an erobernde städtische Gemeinwesen gebunden war und daher zur Zeit der späten römischen Republik und ihres antiken Weltreichs seine größte Blüte hatte. Zugleich sieht er auch den Untergang des antiken Kapitalismus politisch bedingt: Er sei behindert worden durch die Labilität politischer Verhältnisse, durch die Vermögenskonfiskationen in griechischen Poleis ebenso wie im Kaiserreich; er sei schließlich gar »erstickt« worden durch die spätantike Bürokratie und das Leiturgiesystem.

Webers Frage nach der Modernität der Antike konzentrierte sich also auf einen bestimmten Teilbereich der modernen Gesellschaft, den Bereich der Wirtschaft, den er – 1908 – für den entscheidenden hielt. Er setzte die spezifische Modernität dieses Teilbereiches, seine weitgehende Eigenrationalität und Autonomie, ins Zentrum seiner Analyse und zeigte, dass sich diese auf Grund der sie umgebenden gesellschaftlichen Bedingungen in der Antike nur in bestimmten Sektoren und temporär entfalten konnte.¹⁵

Ein gutes Jahrzehnt später entwickelte Weber in der berühmten »Zwischenbetrachtung« der Aufsätze zur Religionssoziologie ein anderes Modell für die Modernität der modernen Gesellschaft, das nicht nur die Besonderheit moderner Wirtschaft, sondern auch die weiterer gesellschaftlicher Teilbereiche in den Blick nimmt, neben der Wirtschaft vor allem die Politik, die Wissenschaft und die persönliche Lebensführung des Individuums. In allen diesen Bereichen konstatiert Weber eine »okzidentale« Rationalisierung, die die moderne Gesellschaft insgesamt von allen anderen vormodernen Gesellschaften unterschied. Dieses umfassendere Modell gesellschaftlicher Differenzierung hat er auf die Antike jedoch nicht mehr angewandt.

15 Merkwürdigerweise hat sich dann in der Alten Geschichte eine Kontroverse um die Frage gebildet, ob die antike Wirtschaft primitiv oder modern gewesen sei, eine offensichtlich falsche Alternative, die – anders als Weber – die gesellschaftliche Umwelt der antiken Wirtschaft ignorierte und Webers Ergebnisse noch dazu. (Vgl. als Übersicht: Moses I. Finley [Hg.], *The Buecher-Meyer Controversy*, New York 1979; Helmuth Schneider, *Die Bücher-Meyer Kontroverse*, in: William M. Calder III, Alexander Demandt [Hg.], *Eduard Meyer. Leben und Leistung eines Universalhistorikers*, Leiden 1990, S. 417–455.)

b) Die Modernität der Moderne

Die derzeit wohl komplexeste Theorie und Beschreibung der modernen Gesellschaft hat im Gefolge von Max Weber und Talcott Parsons der 1998 verstorbene Soziologe Niklas Luhmann mit dem Konzept der funktionalen Differenzierung vorgelegt. Sie ist für Historikerinnen und Historiker generell von Interesse, weil sie – in Form einer Theorie sozio-kultureller Evolution – in zentralen Hinsichten temporale Dimensionen zum Thema macht, was ja keineswegs bei allen modernen Gesellschaftstheorien der Fall ist.¹⁶

Demnach handelt es sich bei allen vormodernen Gesellschaften mit Schriftgebrauch um *stratifizierte Gesellschaften*,¹⁷ die nach den Prinzipien Rang und Ehre geschichtet waren und bei denen die Kommunikation innerhalb der vornehmen Oberschicht multifunktional war: Freundschaft zwischen Adligen z. B. hatte über die rein persönliche Beziehung hinausgehend zugleich Bedeutung für eine Vielfalt von gesellschaftlichen Funktionen. Sie ging einher mit ökonomischer Unterstützung, mit Unterstützung in Machtfragen und vor Gericht oder auch mit Hilfe beim Erwerb von Ehre und sozialem Status. Sie war damit wirtschaftlich, politisch, rechtlich und hinsichtlich der Rangordnung gleichzeitig relevant.

Demgegenüber zeichnet sich die primäre Differenzierungsform der *modernen* Gesellschaft nach Luhmann dadurch aus, dass sich für bestimmte Funktionsbereiche jeweils spezialisierte Teilsysteme gebildet haben.¹⁸ Z. B. Politik, die sich mit Entscheidungsfindung befasst, Recht, das Verhaltenserwartungen absichert, Wirtschaft, der es um Vorsorge für zukünftigen Bedarf geht, Wissenschaft, die sich um allgemein akzeptierte Weltbeschreibungen kümmert, und der Bereich von kleinfamilialen und anderen Nahbeziehungen, die unter Absehung von weiteren Rollen der Partner den Ort für Liebe und Freundschaft darstellen.

Typisch für diese Systeme ist, dass sich auf ihrer Basis vielfach Organisationen und entsprechende professionalisierte Rollen ausbilden: Politiker, Juristen, Manager oder Wissenschaftler, dass andererseits alle Mitglieder der

16 Einen guten Einblick in die komplexe Theorie Luhmanns gibt jetzt: Oliver Jahraus u. a. (Hg.), *Luhmann-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, Stuttgart, Weimar 2012. – Die Systemtheorie ist selbstverständlich nicht die einzige Theorie der modernen Gesellschaft. Zu konkurrierenden Theorien, die auf Phänomene der Entdifferenzierung bei Analysen der Gegenwart aufmerksam machen, vgl. den Beitrag von Alexander Nützensandel in diesem Band.

17 Vgl. besonders den Abschnitt über stratifizierte Gesellschaften in: Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1997, Bd. II, S. 678–707.

18 Vgl. z. B. ebd., Bd. II, S. 707–742 (»Ausdifferenzierung von Funktionssystemen«) und S. 743–775 (»Funktional differenzierte Gesellschaft«).